

Antrag 133/II/2022**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Gleichstellung von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung – Änderung des Bundesbeamtenrechts jetzt!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregie-
2 rung und die Sozialdemokratische Fraktion im Deutschen
3 Bundestag werden aufgefordert, vergleichbar zu den Lan-
4 desregelungen, wie Hamburg oder Berlin, die gesetzli-
5 chen Regelungen für Bundesbeamte zu ändern, so dass
6 bei neuen und bestehenden Beamtenverhältnissen die
7 Menschen ohne finanzielle Nachteile in der gesetzlichen
8 Krankenversicherung (GKV) verbleiben können oder aus
9 der privaten Krankenversicherung (PKV) in die gesetzli-
10 che Krankenversicherung (GKV) wechseln können, ohne
11 hierbei im Vergleich zum PKV-Beihilfesystem finanzielle
12 Nachteile zu erleiden.

13

14 Ein Wechsel aus der Mitgliedschaft in der PKV in ein Versi-
15 cherungsverhältnis der GKV soll auch nach der Gesetzes-
16 änderung temporär möglich sein.

17

Begründung

18 Beamt*innen wird für die Krankenversorgung eine Beihil-
19 fe gewährt. Diese umfasst, abhängig von den persönli-
20 chen Voraussetzungen 50% bzw. 70% der abrechenbaren
21 Kosten. Zur Schließung der Lücke bis 100% können sich
22 Beamt*innen dann zusätzlich versichern. Dafür bieten die
23 privaten Krankenkassen (PKV) Sondertarife an. Beamt*in-
24 nen, die sich entscheiden in der GKV zu bleiben, erhalten
25 weder Beihilfe noch einen adäquaten Zuschuss. Vielmehr
26 müssen diese Beamt*innen den kompletten Beitrag zur
27 GKV (sog. Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) allein be-
28 streiten. Das führt dazu, dass Beamt*innen vorrangig Son-
29 dertarife der PKV nutzen.

30

31
32 Mit entsprechender Änderung des Bundesbeamtenrechts
33 erfolgt eine Gleichheit zwischen gesetzlich und privat Ver-
34 sicherten unter den Beamtinnen und Beamten. Die hier
35 geforderte Änderung widerspricht nicht der Einführung
36 einer Bürgerversicherung, wie sie die SPD seit Jahren for-
37 dert.

38